

Protokoll der BSB-Sitzung am 15.02.2011

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste, (sowie: Stadträtin Frau Anke Otto (BA-SZ), Herr Harnos (SenBWF), als Gäste: Frau Unteutsch, Herr Netzel, Frau Dr. Wittkowski (DHS)

Sitzungsleitung: Dr. Markus Piloty - Protokoll: Henrik Rößler

Das Protokoll folgt der Tagesordnung. Traditionell gibt Herr Piloty den dem BSA die Gelegenheit, als Erstes Themen einzubringen und die Diskussion zu starten.

1. Begrüßung, Regularien

Markus Piloty eröffnet die Sitzung um 19:44 Uhr und begrüßt die anwesenden Vertreter und Gäste.

2. Tagesordnung, Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom 18.01. wird geändert. Der erste Satz im 2. Absatz des Punktes 5.7 wird gestrichen. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form beschlossen.

3. Beschlüsse, Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

4. Angelegenheiten der Schüler

Pia Hoffmeister informiert zu folgendem Thema:

4.1 Antidiskriminierung

Die Antidiskriminierungsgruppe des BSA hat etwa ein Drittel der für ihre Aktivitäten veranschlagten Gelder gesichert. Die Anträge für noch fehlende Beträge sind bei der Bezirksverordnetenversammlung gestellt. Der auf der letzten Sitzung angeregte Kontakt zu Hilfsorganisationen im ähnlichen Anliegen wurde hergestellt.

4.2 Engagement 50+

Die Idee stammt aus dem BSB Charlottenburg-Wilmersdorf. Es geht um eine repräsentative Mappe zur Dokumentation ehrenamtlichen Engagements. „50+“ bezieht sich auf die dafür aufgewendeten Stunden pro Jahr (50) und nicht auf das Alter. Dieses Dokument ist im Zusammenhang mit dem Berliner Freiwilligen-Pass zu sehen und wird vom Bezirksbürgermeister überreicht.

Der BSA bittet, diese Art der Wertschätzung ehrenamtlicher Arbeit im Bezirk Steglitz-Zehlendorf auch einzuführen und verweist auf die Bedeutung solcher Dokumente auch für Bewerbungen in verschiedenen Ländern – insbesondere in den USA.

Im Plenum gibt es eine gewisse Skepsis bezüglich des Kontrollaufwandes bzw. der Ehrlichkeit.

Frau Otto kennt diese konkrete Form der Auszeichnung noch nicht, nimmt aber die Anregung auf und leitet sie im Bezirksamt an die Beauftragte für Ehrenämter weiter.

4.3 Schüler-Stress

Frau Stockhausen-Döring hört einige Klagen über den entsetzlichen Stress von 11. Klassen und fragt, ob der BSA dieses Thema auf der Tagesordnung hat. Dem BSA sind diese Klagen nicht bekannt, wobei kaum Vertreter der 11. Klassen im BSA sind. Daher gibt es diesbezüglich keine Aktivitäten.

5. **Berichte aus der Senatsverwaltung und dem Schulamt**

5.1 Aufnahmesituation Sekundarschulen/ Gymnasien

Herr Harnos bestätigt, dass noch kein abschließendes Bild vorhanden ist, denn es fehlen noch drei Tage. Die Eltern erkundigen sich an den einzelnen Schulen nach dem Stand der Anmeldungen, um das Risiko ihres Erstwunsches im Zusammenhang mit den Aufnahmekriterien abschätzen zu können. Bis jetzt sind kaum Anmeldungen aus anderen Bezirken bekannt geworden.

Die Gewichtung der einzelnen Schulen haben sich nicht verändert: übernachgefragte Schulen bleiben übernachgefragt, die unternachgefragten liegen lediglich ein Stück besser. Sekundarschulen berichten, dass sie auch Anmeldungen mit Gymnasial-Empfehlung mit der Förderprognose 1,3 erhalten haben.

Problematisch werden derzeit die Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf und die unterschiedliche Handhabung im Fach Französisch gesehen.

Anmeldeschluss ist am Freitag 14 Uhr. Die dann aktuellen Daten werden am gleichen Tag durch Schulleiter und Bezirksschulräte erörtert. Zuviel Schüler für eine Schulart werden in einer Ausgleichskonferenz einem Bezirk zugeteilt.

5.2 Leistungskennzahlen zum Doppeljahrgang

Herr Harnos übergibt dem Plenum 4 Blätter mit anonymisierten Leistungskennzahlen für den Doppeljahrgang. Das erste Blatt zeigt die Berlin weiten Werte, während die Blätter zwei bis vier einzelne Gymnasien aus dem Bezirk beinhalten; das vierte Blatt weist ein Gymnasium mit gemeinsamen Kursen aus, während die Blätter zwei und drei offensichtlich von Gymnasien mit getrennten Kursen stammen.

Herr Harnos weist darauf hin, dass es grundsätzlich nicht zu den befürchteten massiven Abstürzen gekommen ist. Es kann auch nicht gesagt werden, dass die Kurse durch die Zusammenlegung zu voll werden, wie das befürchtet wurde.

Schüler berichten von unterschiedlichen und jahrgangsabhängigen Maßstäben und Bewertungen in jahrgangsgemischten Kursen. Das Plenum stellt fest, dass unter diesen Bedingungen insbesondere bei Sprachunterricht nach 3- bzw. 6-jähriger Länge eine gerechte Bewertung nur schwer möglich ist.

Herr Schwarz bitte seitens der Lehrer um mehr Gelassenheit bei den Eltern, da die Nachjustierung natürlich auch zur Verkürzung bestimmter Inhalte führen muss.

6. Verlagerung der John-F.-Kennedy-Schule in den Zuständigkeitsbereich von SenBWF (Anhörung des BSB gemäß Schulgesetz § 111)

Frau Otto berichtet, dass die Vorteile dieser Maßnahme überwiegen, wesentliche Nachteile seien nicht erkennbar. Die John-F.-Kennedy-Schule ist eine besondere Schule mit abweichenden gesetzlichen Grundlagen und ist durch eine hohe Fluktuation der Schüler und Lehrer (Wechsel alle 2 bis 3 Jahre) gekennzeichnet. Die Schule ist verpflichtet, das amerikanische Diploma und das deutsche Abitur anzubieten.

Die Verwaltungsleitung hat die besonderen Bedürfnisse der Lehrer und der Eltern zu erfüllen. Das erfordert unter anderem eine 2-Sprachigkeit der Sekretärinnen und führte in der Vergangenheit mehrfach zur Kritik des Rechnungshofes.

Der Bezirk kann diesen Besonderheiten nicht gerecht werden. Die zuständige Arbeitsgruppe der Senatsverwaltung hat die Frage, ob die Zentralverwaltung für die Schule besser wäre, im Mai 2010 einstimmig mit „Ja“ beantwortet.

Schulkonferenz und Erziehungsdirektoriums haben sich für die zentrale Verwaltung ausgesprochen. Frau Otto sagt auch für die Zeit nach dem Wechsel in die Zentralverwaltung die Unterstützung durch den Bezirk – soweit möglich - zu.

Die Entscheidung liegt beim Berliner Parlament, denn das Schulgesetz muss geändert werden; die zentral verwalteten Schulen sind im Schulgesetz namentlich aufgeführt. Der Übergang ist aus haushalterischen Gründen zum 01.01.2012 geplant. Um den Übergang sicherzustellen ist der Beschluss des Parlaments vor der Sommerpause notwendig.

Die Diskussion im Plenum dreht sich um die Risiken. Die Eltern haben diesen Wechsel nur unzureichend diskutiert. Frau Otto sieht weder für den Bezirk noch für die Schule irgendwelche Risiken. Es gibt eine gewisse Sorge der Schule vor dem neuen Umfeld. Herr Harnos bestätigt, dass weiterhin die bezirklichen Gremien besetzt werden. Frau Otto und Herr Harnos stimmen überein, dass durch die Zusammenlegung in der Regelung der inneren und äußeren Angelegenheiten größere Spielräume und Effektivität entstehen können.

7. Nikolaus-August-Otto Gemeinschaftsschule/ ISS

Derzeit läuft eine 3 jährige Pilotphase für die Bildung einer Gemeinschaftsschule aus GS Am Rohrgarten und Nikolaus-August-Otto-Hauptschule mit Schwerpunkt Montessori-Pädagogik. Nach Aussage von Fr. Otto sei es in dieser Phase aus formalen Gründen (s. Beschlussvorlage für BVV/Schulausschuss) notwendig, den Titel Sekundarschule zu verwenden.

Zwar sei ein Beschluss möglich, ohne den Zwischenschritt Sekundarschule sofort eine Gemeinschaftsschule zu bilden, jedoch sehe sie keinen Grund zur Eile, die Entscheidung über eine Fusion werde am Ende der Pilotphase von den beiden Schulen getroffen. Das Plenum sieht aber durchaus die Gefahr, dass die politischen Konstellationen der Bezirksverordnetenversammlung in der nächsten Wahlperiode die Entwicklung zurückdrehen könnten und führt ein Beispiel aus Reinickendorf an.

Die Bezirksverordnetenversammlung soll am 16.02. der Beschlussvorlage zustimmen.

8. Schließung der Klax-Grundschule

Die Klax-Grundschule hat ihren Betrieb mit Wirkung zum 1.02.2011 eingestellt (s. Brief KLAX vom 11.01.2011 an SenBWF). Der Trägerverein behält sich eine Wiedereröffnung vor. Herr Harnos führt aus, dass die Genehmigung zum Betrieb ein formaler Akt durch die Senatsverwaltung nach Überprüfung der erforderlichen Voraussetzungen, insbesondere der Qualifikation des Lehrkörpers, ist. Bei Überprüfungen wurden Mängel bei der Qualifikation der Lehrer - teilweise waren keine Unterrichtsgenehmigungen vorhanden -, beim Durchhalten des Profils und bei den Unterrichtsstandards festgestellt. Die zirka 60 Schüler wurden problemlos auf anderen Grundschulen untergebracht.

Der Trägerverein braucht für einen Neustart ein neues Genehmigungsverfahren.

Um 21:50 Uhr verabschieden sich Herr Harnos und Frau Otto.

9. Wahlen

9.1 Vorsitzender des BSB

Herr Piloty erklärt, dass die auf der letzten Sitzung durchgeführte Neuwahl des Vorstandes angefochten werden musste, da die Bildung einer Doppelspitze nicht schulgesetzkonform sei und zu dem eine Elternstimme zuviel abgegeben wurde (s. Protokoll). Herr Netzel wurde als Wahlleiter bestimmt.

Es sind 14 Elternvertreter, 3 Lehrer und 2 Schüler anwesend. 12 Elternvertreter sind stimmberechtigt. Vorschläge für den Vorsitz lauten Petra Samani und Martin Draheim. Beide nehmen die Kandidatur an. Es wird geheim gewählt. Die Wahl ergibt eine Enthaltung, 5 Stimmen für Frau Samani und 11 Stimmen für Herrn Draheim. Herr Draheim nimmt die Wahl zum Vorsitzenden an und übernimmt die Leitung der Sitzung, die Wahlleitung bleibt bei Herrn Netzel.

Herr Draheim dankt dem ehemaligen Vorsitzenden Dr. Piloty für 9 Jahre souveräne und ausgewogene Sitzungsleitungen.

9.2 Stellvertreter Lehrer im BSB-Vorstand

Es gibt keine Kandidaten.

9.3 Stellvertreter Eltern im BSB-Vorstand

Petra Samani wird vorgeschlagen, nimmt die Kandidatur an und wird offen einstimmig gewählt.

10. Berichte aus den Gremien

10.1 Landeselternausschuss

Frau Samani berichtet von der Aktion Rote Karte. Es geht darum, Investitionen für Bildung in den Fokus zu rücken. Der LEA fordert u.a. konkret „mehr Lehrkraft“, „mehr Kohle für die Schule“ und bauliche Sanierungen. Im Mittelpunkt stehen Unterrichtsausfall und die Tatsache, dass die Kinder keine Lobby haben. Die Aktion möchte auch Menschen ohne Kinder ansprechen, denn die Kinder von heute werden das Land in der Zukunft gestalten. Ganz wichtig ist die politische Neutralität. Es

gibt einen Aufruf an die Fördervereine der Schulen zur Zusammenarbeit mit dem Landesverband der schulischen Fördervereine.

10.2 Bezirkslehrrerausschuss

Herr Müller (Vorsitzender des Bezirkslehrrerausschusses) berichtet, dass der Entwicklungsstand der Integrierten Sekundarschulen sehr unterschiedlich sei und erläutert kurz den Beschluss des Bezirkslehrrerausschusses zum Qualitätspaket des Bildungssenators.

10.3 Landeschulbeirat

Frau Stockhausen-Döring berichtet, dass der Antrag zu den Flüchtlingskindern (siehe letzte Sitzung BSB) einstimmig beschlossen wurde. Entsprechende Reaktionen werden erwartet. Auch zum Qualitätspaket des Bildungssenators wurde beraten und die Thesen 1 und 27 als die aus Sicht des LSB wichtigsten identifiziert (Sprachförderung, Umsetzungsmöglichkeit nicht geeigneter Schulleitungen), die These 29 (Steuerungsgruppe bei SenBWF für QS) wird als am wenigsten wichtig erachtet.

11. Sonstiges

Herr Draheim schließt die Sitzung um 22:30 Uhr.